Presseinformation

4. Dezember 2008

Zur Adaptierung von Gebäudeenergieeffizienz- und Bautechnikverordnung

Plank: Unzureichende Vorschläge umgehend korrigieren

„Die NÖ Gebäudeenergieeffizienz- und die NÖ Bautechnikverordnung müssen dringend adaptiert werden, um die energie- und klimapolitischen Zielsetzungen zu erreichen", forderte Landesrat Dipl. Ing. Josef Plank heute, 4. Dezember, im Rahmen einer Pressekonferenz in St. Pölten. Die in diesem Zusammenhang von der zuständigen Landesrätin Barbara Rosenkranz vorgelegten Entwürfe seien in Bezug auf die NÖ Klimaziele völlig untauglich.

So gebe die österreichweite Richtlinie für den Heizwärme-, Kühl- und Energiebedarf im Wohnhaus-Neubau einen Höchstwert von 78 HWB (Heizwärmebedarf) vor, in Niederösterreich liege dieser Wert aber durchschnittlich bei 40. Der vorliegende Entwurf sehe ab 2010 einen Wert von 66,5 vor, trage damit nicht zu einer weiteren Senkung des Energieverbrauches bei und sei ein falsches Signal in Richtung Planer, Bauwirtschaft und Hausherren, betonte Plank.

Zudem fehle, so der Umwelt-Landesrat, jeder Ansatz, im Nicht-Wohnbau solare Kühlung als Anreiz für energieeffiziente Energienutzung verpflichtend einzuführen. Immerhin resultiere der steigende Energieverbrauch während der Sommermonate vor allem aus dem steigenden Kühlbedarf.

Als dritten Punkt innerhalb der Bautechnikverordnung nannte Plank die regelmäßige Überprüfung von Heizkesseln. In den Bezirken Amstetten, Melk und Zwettl werde die alle zwei Jahre fällige Überprüfung seit langem von den regionalen Abfallwirtschaftsverbänden durchgeführt. Dieses Modell solle mit einem verpflichtenden Monitoringsystem inklusive Mahnwesen auf ganz Niederösterreich ausgedehnt werden.

Abschließend ging der Umwelt-Landesrat auf die Verordnung des Wirtschaftsministeriums für die Systemnutzungstarife ein. Diese führe zu der „katastrophalen Konsequenz", dass heimische Ökostrom-Erzeuger diesen Tarif zu zahlen hätten, für Import-Strom aber keine derartigen Kosten anfielen. In Summe mache die Belastung für die heimischen Ökostrom-Erzeuger bis zu 300 Millionen Euro aus. Er sei bereits an die Bundesregierung herangetreten, diese „untragbare

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit
www.noe.gv.at/presse
E-Mail: presse@noel.gv.at
E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

Fehlentwicklung" umgehend zu korrigieren.

Nähere Informationen beim Büro LR Plank unter 02742/9005-12705, Klaus Luif, und e-mail klaus.luif@noel.gv.at.

E-Mail: presse@noel.gv.at